



Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Mai 2021

TOP 1

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zielt auf eine Liegenschaftsbereinigung und die Aufnahme von Regelungen zur unentgeltlichen Übertragung von Liegenschaften des Landes in das Eigentum der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz. Damit verbunden ist die Überleitung des Beschlusses der Landesregierung über die Stiftung des öffentlichen Rechts „Kulturstiftung Dessau-Wörlitz“ vom 28. Juni 1994 in ein Gesetz. Außerdem sollen Gremien effektiver paritätisch besetzt werden. Der Ausschuss für Bildung und Kultur empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 2

Die Altersversorgung der Mitglieder der Apothekerkammern Niedersachsen, Hamburg und Sachsen-Anhalt soll geändert werden. Dafür ist die Änderung eines Staatsvertrags zwischen dem Land Niedersachsen, der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Sachsen-Anhalt nötig. Die Landesregierung legte im April 2021 einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 3

Der Staatsvertrag über die Gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten vom 2. Juni 2005 entspricht nicht mehr der aktuellen Rechtslage und muss daher geändert werden. Hintergrund ist die 2019 erfolgte Reform zur Psychotherapeuten-Ausbildung. Der im April 2021 erstmals beratene Staatsvertrag greift diese neuen bundesrechtlichen Regelungen sowie weitere Aktualisierungserfordernisse auf. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 4

Die Landesregierung legte im April 2021 den Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberufe-Registers vor. Dieses soll als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen dienen. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf in leicht geänderter Fassung anzunehmen.

TOP 5

Die bisherige Wohnungsbauförderung im Land sei nicht geeignet, bezahlbares Wohnen auch in attraktiven Lagen für Geringverdienende abzusichern, erklärte die Fraktion DIE LINKE im Juli 2020. Durch einen Antrag sollte die Landesregierung die Städtebau- und Wohnraumförderung umgestalten: Unter anderem sollte die Förderung nur noch für sozial orientierte Wohnraumschaffung und Ertüchtigung und nicht mehr für privates Wohneigentum gewährt werden. Der Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr hat nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet, in der es unter anderem heißt: „Der Landtag von Sachsen-Anhalt bekennt sich zu einer nachhaltigen und sozialverträglichen Städtebau- und

Wohnraumförderungspolitik. Der Landtag sieht in einigen Teilen des Landes den Bedarf für sozialen Wohnungsneubau.“

TOP 6

Mit den zunehmenden Lockerungen der Corona-Maßnahmen fordert die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene an eine Anpassung des Infektionsschutzgesetzes einsetzt. So soll unter anderem beim Vorliegen eines genehmigten Hygienekonzepts inklusive Schnelltestung für den organisierten Vereinssport wieder folgende Möglichkeiten bestehen: Trainingsbetrieb im Außenbereich, Trainingsbetrieb im Innenbereich für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre (20 Personen) und für Erwachsene (10 Personen), Schwimmsport in Schwimmbädern (bis 150 Personen im großen und bis 25 Personen im kleinen Becken) sowie Wettkampfbetrieb bei Testung aller Teilnehmer*innen.

TOP 7

Laut Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich auf dafür einzusetzen, „dass Gesunde ohne Impfung ebenso wie Geimpfte und Genesene von den freiheitsbeschränkenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 ausgenommen werden“.

TOP 8

Die AfD-Fraktion spricht sich in ihrem Antrag für „ein Ende der Sanktionen gegen Russland“ aus. Die Landesregierung soll beauftragt werden, ein geeignetes Maßnahmenpaket zu erarbeiten und umzusetzen, „um die regionalen Unternehmen, die durch die Rohstoffknappheit Einbußen erlitten haben, zu unterstützen“. Zudem soll sich die Landesregierung im Bundesrat für ein geeignetes Maßnahmenpaket aussprechen, um die Rohstoffknappheit zu beenden.

TOP 9

Im Rahmen einer Neuordnung der Laufbahn und Ausbildung der Gerichtsvollzieher in Sachsen-Anhalt und zur Steigerung der Qualität und Attraktivität des Berufsbildes Gerichtsvollzieher soll die Landesregierung auf Antrag der AfD-Fraktion einen dreijährigen Bachelor-Studiengang „Gerichtsvollzieher“ als Regelausbildung in die Laufbahnverordnung für Sachsen-Anhalt und die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Gerichtsvollzieher aufnehmen. Dieser solle nach dem Vorbild der Ausbildung von Rechtspflegern im Verbund mit anderen Bundesländern an einer bestehenden Fachhochschule organisiert werden.

TOP 10

Angesichts niedriger Inzidenzwerte, der zügig fortschreitenden Impfungen und der deutlich verbesserten Möglichkeit für flächendeckende Tests müsse unterhalb des Inzidenzwerts von 100 für die bundesweite Notbremse jetzt alles dafür getan werden, dass auch in den weiterführenden Schulen der Unterricht so wie in den Grund- und Förderschulen sicher und ohne gesundheitliche Risiken organisiert werden könne, befindet die Fraktion DIE LINKE und bringt einen entsprechenden Antrag ein.